

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 62 (1983)
Heft: 4

Artikel: Was bringt das Beschäftigungsprogramm des Bundes? : Aufklärung für linke Denker
Autor: Kappeler, Beat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339986>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 06.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die *Aktivisten*, gleichgültig aus welchem Lager, sind generell besonders stark in die Bewegung integriert und besonders eng mit ihren Gruppen verbunden. Sie haben einen grossen Freundeskreis in der Bewegung, und sie sind in der Regel in ihre Gruppe eingetreten in der Absicht, diese zu stärken. Demgegenüber sind gerade sie ausgesprochen wenig ins Berufssystem integriert: Zum einen haben sie ihre berufliche Karriere bereits hinter sich, zum anderen sind sie noch nicht ins Berufsleben eingetreten. Dadurch erhalten sie einen gewissen Freiraum für ihre politische Aktivität, indem sie der disziplinierenden Wirkung traditioneller Berufsrollen entgehen.

Dieser Freiraum wird aber anderweitig stark eingeschränkt, denn die Aktivisten unter den AKW-Gegnern werden am meisten *Opfer repressiver Massnahmen*. Die AKW-Gegner werden ganz allgemein in be-

«AKW-Gegner in der Schweiz» von Hanspeter Kriesi, Verlag Rügger, Diessenhofen. Broschiert, 308 Seiten, 28 Franken

sonders krasser Weise durch ihre Antagonisten verfolgt, am härtesten trifft es aber ihre Exponenten. *Das Unverständnis und die Verachtung, die ihnen von den herrschenden Kreisen*

entgegengebracht werden, bilden den Hintergrund für eine rücksichtslose Durchsetzung des Interessenstandpunkts der Kernenergiebefürworter. Die Folgen in den Reihen der AKW-Gegner bleiben nicht aus: *Selbst äusserst gemässigte und integrierte AKW-Gegner verlieren ihr Vertrauen in diesen Staat und seine Repräsentanten und werden — allen ihren eigenen Widerständen zum Trotz — zu radikalen Gegnern dieses Staates*. Die Reaktion auf ihre Anliegen verstärkt ihre ohnehin schon ausgeprägte Distanz zu den zentralen Institutionen unserer Gesellschaft. *Die Perspektive einer zunehmend gespaltenen Gesellschaft drängt sich auf*.

Was bringt das Beschäftigungsprogramm des Bundes?

Aufklärung für linke Denker

Von Beat Kappeler, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Nur einige Rechte tun beim neuen Beschäftigungsprogramm des Bundes so, als ginge es um alles oder nichts — um die Umstülpung der bestehenden Wirtschaftsordnung oder ihre Bewahrung. Die Linke wird sich vor einem gleichen «Alles oder Nichts» hüten müssen. Politisch gesehen realisiert sie damit überdies einen Punkt. Dies soll der erste Analyseschritt sein — wie liegt das Paket im politischen Feld?

Dass der Bund zu einem Beschäftigungspaket schreitet, hätte man noch nach der Wirtschaftsdebatte vom September im Parlament nicht gedacht. Dort hatten sich viele Bürgerliche gegen die Notwendigkeit, etwas zu tun, ausgesprochen, und Bundespräsident Honegger fasste die Debatte als «Nicht-

Auftrag» auf. Dass nun schon fünf Monate später ein recht detailliertes Beschäftigungspaket vorgelegt wird, gibt den Vertretern der Linken recht, die schon damals Besorgnis geäussert hatten. Wir sind also die besseren Konjunkturprognostiker. Wir haben aber auch das mit solchen Notwendigkeiten des Wirtschaftsverlaufs besser verträgliche Programm. Denn, das ist der Punkt, den die Linke markiert, die Parole «weniger Staat» hat sich eindeutig als Schönwettergaukelei erwiesen. Dies nicht nur von der objektiven Lage her; sondern auch im Bewusstsein des Volkes dürften jene, welche die Steuerung der Wirtschaft wollen, glaubwürdiger dastehen als jene, die gestern schmähten und heute beteln. Dieser Punkt ist aber zu

«thematisieren», oder etwas weniger neudeutsch gesagt, in die Debatte dieses Wahljahres einzuhämmern.

Nicht in den Köpfen der Linken

Schon das letzte Beschäftigungsprogramm, obwohl mit vier Millionen öffentlichen Ausgaben viel bedeutender, ist nicht in die Köpfe der Linken eingedrungen, sondern nur in die Bilanzen der damit begünstigten Unternehmer. Es erregt regelmässig Staunen, wenn die Schlussbilanz erwähnt wird, wonach damals etwa 133 000 Arbeitsjahre geschaffen worden sind. Das stand nicht im «Blick», sondern nur in einer Studie des Bundesamtes für Konjunkturfragen. Schon dieses Programm hätte von uns

verwendet werden müssen in der kurz darnach aufbrechenden Debatte um die Rolle des Staates in der Wirtschaft.

Zu diesem Argumentationspunkt gehört auch die Situierung dieser Programme in die Debatte um Keynesianismus und Monetarismus. Die bürgerliche Rechte — sofern sie überhaupt zu argumentieren braucht und es dann auch noch versteht — sagt immer, der Keynesianismus sei unglaublich und unwirksam geworden, und nur die schweizerische, harte Geldmengenpolitik seit 1975 habe uns überhaupt halbwegs besser über Wasser gehalten, als dies ausländische Staaten geschafft haben.

Schweiz: Andere Situation

Dabei haben wir in der Schweiz eine völlig andere Situation als im Ausland, nämlich das, was man einen «glaubwürdigen Keynesianismus» nennen könnte. Und der geht so: mit dem Beschäftigungsprogramm 1975–1978 stieg der Staatsanteil auf 28,2 Prozent des Bruttosozialproduktes an, aber nach dem Auslaufen des Paketes und wegen der — nicht überall segensreichen — Stagnation der öffentlichen Ausgaben fiel er seither wieder auf etwa 26 Prozent. Dies läuft den Trends anderer Industriestaaten diametral entgegen, denn dort hat sich wegen der Krise der Staatsanteil laufend und deutlich erhöht. In der Schweiz sind also Auftragsstöße — getreu dem Ankurbelungsauftrag von Professor Keynes mit Defiziten — umkehrbar. Der Zustand vor dem Ankurbelungsstoss ist wiederherstellbar.

Wird einige Jahre später, wie heute, eine neue Beschäftigungspolitik nötig, muss sie nicht wie im Ausland von einem noch höheren Niveau öffentlicher Ausgaben ausgehen und

damit nur wirken, wenn die Dosen langsam ins Unermessliche angehoben werden. Belgien, Italien oder Dänemark weisen heute ein Defizit des Zentralstaates aus, das bereits 15 Prozent des Bruttosozialproduktes beschlägt (die Schweiz letztes Jahr 0,25 Prozent oder sechzigmal weniger).

In der Geldmengenpolitik führt die Schweiz tatsächlich früher als andere Industriestaaten (seit 1975) und härter als Frau Thatcher (realer Geldmengenabbau 1980, 1981 und 1982) einen Monetarismus, der sich gewaschen hat. Aber es ist nicht unsere einzige Wirtschaftspolitik. Neben dieser Politik der Nationalbank (am Bundesplatz Nr. 1) tritt das Parlament (am Bundesplatz Nr. 3) mit Beschäftigungsprogrammen an, wenn es nottut. Damit praktiziert die Schweiz einen keynesianisch eingefärbten Monetarismus, wenn es so etwas überhaupt gibt. Zumindest zeitweise tritt der Budgetausgleich um jeden Preis in den Hintergrund, und mit ihm die ausschliessliche Geldmengensteuerung der Wirtschaft durch die Nationalbank.

Auch diese Tatsache ist nicht von allen jenen auf der Linken zur Kenntnis genommen worden, die über den Monetarismus schnauben. Unter dieser Bedingung, dass die Geldmengensteuerung durch eine bewusste, «politisierte», nämlich im Parlament gemachte Beschäftigungspolitik ergänzt wird, sieht die Sache schon ganz anders aus. Der Bundesplatz Nummer 3 ist verfassungsrechtlich Nummer eins, und darf nicht von Geldmengenexperten an die Wand gespielt werden.

Was bringt das Paket wirtschaftlich?

Das ist der zweite Schritt der Analyse. Die Ausgaben bestehen aus vorgezogenen Investi-

tionen in der Höhe von 640 Millionen, welche eine weitere Milliarde Ausgaben Dritter auslösen sollen. Dazu kommen eine langmütige Defizitübernahme bei der Exportrisikogarantie und neue Mischkredite für die Entwicklungsländer unter den Exportkunden. Im Sommer werden diese ersten zwei Pakete ergänzt durch eine stärkere Regionalpolitik des Bundes und ein Programm der Innovationsrisikogarantie für erfindungsreiche, aber kapitalarme Firmen. Diese Massnahmenkette beruht demnach auf verschiedenen Annahmen. Sie ist eine Überbrückungsmassnahme in der Erwartung, dass die ausgebliebenen Exportaufträge mit dem leichten Anziehen der Weltkonjunktur und dank tieferer Zinsen irgendwann dieses oder nächstes Jahr zurückkommen. Sie rechnet mit einer Erholung der Bauwirtschaft auf indirektem Weg über diese allgemeine Erholung und über tiefere Zinsen. Das Ausgabenpaket ersetzt ferner mit den 1,7 Mia Aufträgen etwa ein Drittel des Verlustes am Bruttosozialprodukt gegenüber dem Vorjahr. Die Zusammensetzung der Aufträge zeigt Privatbahn-Investitionen, Wohnbauinvestitionen, Hochgebirgsverbauungen, Energiesparmassnahmen geringen Ausmasses, Rüstungsausgaben. Wenn es durchgesetzt werden kann, dass diese Investitionen, darunter vor allem die Rüstungsausgaben, wirklich nur vorgezogen und nicht später ein zweites Mal ausgegeben werden, dann vergibt sich der Bund nicht mehr, als er sonst schon wollte.

Zusammensetzung nicht ganz glücklich

Man hat beim öffentlichen Verkehr die SBB praktisch liegen gelassen. Teils haben sich auch die SBB-Gewaltigen selber wegen des Traumas der unterneh-

merischen Leistungsfähigkeit um die Rolle des Bittstellers gedrückt. Energiesparmassnahmen hätten ebenfalls eingeschlossen werden müssen, darunter insbesondere solche mit Beschäftigungswirkungen für die Metall- und Maschinenindustrie: Heizungsregler, individuelle Heizkostenzähler, Wärme-Kraft-Koppelung usw. Mit Impulsen für die Entwicklung solcher Kapazitäten und Kenntnisse haben wir schon angefangen. Wir könnten später dafür auch Exportmärkte gewinnen und Kostenverteilungen der Anfangsinvestitionen erzielen. Dass die Stände den Energieartikel abgelehnt haben, macht es nur noch schwerer, nachträglich hier noch Paketeile anzukleben. Man hätte eben vorher ernst machen müssen. Die Schweiz wird also grün nicht mit diesem Paket, sondern allenfalls mit kürzerer Arbeitszeit aller Beschäftigten! Das Paket muss auch durch eine lockere Geld- und Zinspolitik ergänzt werden. Eine Zinssenkung um ein Prozent erleichtert nicht nur die Wohnbauwirtschaft, sondern senkt auch der Privatwirtschaft Zinskosten in der Höhe von ein bis zwei Milliarden jährlich. Die Zinspolitik kann also mehr bringen als das ganze Bundespaket inklusive der Leistungen Dritter! Da müssen jetzt die profitablen, ach so verantwortungsbewussten Banken vor!

Und die Arbeitnehmer?

Ein dritter Analyseschritt zeigt uns, dass natürlich das Paket keinerlei Antworten auf die strukturellen Ungerechtigkeiten und Unsicherheiten der Rezession bringt. Damit sind die brutalen Kündigungsrechte der Firmen gegenüber den Beschäftigten gemeint, die weitgehende Weigerung, auch nur kleinste Arbeitszeitreduktionen zuzugestehen, die schnoddrige Infor-

mationspolitik vieler Firmen, welche gegen Treu und Glauben verstösst, und die Behinderung der Gewerkschaften, in den Betrieben auftreten und sich direkt für ihre Leute einsetzen zu können.

Zur Arbeitszeitfrage lanciert der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) gemäss Kongressbeschluss im Herbst vermutlich die Initiative auf 40 Stunden Wochenarbeitszeit. Ein verbesserter Kündigungsschutz soll aus der Arbeit einer Expertenkommission bis zum Sommer hervorgehen, wobei der Kampf dann erst recht richtig anfängt. Zutritts- und Informationsrechte wie auch der Vertrauensleuteschutz sind gesamtarbeitsvertraglich, aber auch gesetzlich zu verbessern. So würden einige der unverschämtesten Möglichkeiten des schweizerischen Unternehmertums abgestellt, den Herr-im-Hause-Standpunkt wiederum zur generellen Angstmacherei benützen zu können. Die Aktienrechtsrevision, welche soeben anläuft in den politischen Gremien, ist eine für Transparenz, Information und Mitsprache grundlegende Gesetzgebung. Welche Linken haben sich dafür überhaupt interessiert in den letzten Jahren?

Hier werden mögliche Zukünfte offener Beziehungen im und ums Unternehmen verbaut, wenn kein Druck unsererseits entsteht. Wir diskutieren stark hypothetische Unternehmensmodelle, während hinter unserem Rücken das Bürgertum sein Unternehmensrecht par excellence zu retten versucht.

Linke Zukunft?

Welcher grosse linke Zukunftsdenker hat sich ferner in der Machtprobe des letzten Herbstes beim Teuerungsausgleich ebenso laut vernehmen lassen, wie bei internen, hochverästelten Diskussionen? Die Gewerk-

schaften können in dieser Frage, bei der es nur oberflächlich gesehen um einige Franken, grundsätzlich aber um die Verträge und den Mut unserer Leute an der betrieblichen Verhandlungsfront geht, Schützenhilfe gerne gebrauchen.

«Manchmal glaube ich, dass die Nationalökonomien die unglücklichsten aller Menschen sind. Solange sie leben, nimmt niemand von ihnen Notiz. Und wenn sie tot sind, richten sie grossen Schaden an.»

J.M.Keynes

Welcher in Zukunftsmodellen schwelgende Genosse ist in der Lage und bietet sich Samstag für Samstag an, unseren Leuten von der Front Bilanzlesen beizubringen? Solche Fragen der Glaubwürdigkeit stellen sich intern in unserer Bewegung. Sie stellen sich aber gerade auch dann, wenn ein Beschäftigungsprogramm etwas Luft zu geben versucht und etwas Angst vor drohenden und sonst untätig hinzunehmenden Beschäftigungseinbrüchen wegzunehmen versucht. Wenn wir als Bewegung diese Beschäftigungsprogramme als einen Erfolg — wenn auch nicht abgerundeten Erfolg — unserer Bemühungen zur Sicherheit und Gerechtigkeit verständlich machen können, und wenn die Genossen die Einheit der Bewegung durch Hilfe und Schulung im täglichen Kampf um vermeintliche Kleinigkeiten mit den Gewerkschaften herstellen können, dann haben wir eine linke Zukunft nicht ausgeschlossen. Denn nur wenn wir die drängenden Fragen der nächsten Monate zu versuchen lösen, verdienen unsere Modelle für die andere Zukunft das Vertrauen der Kollegen und Sympathisanten aus der Arbeitswelt.